

FUTURE

Réseau d'information Science & Politique

September 2004

■ EU-Forschungsrahmenprogramme:

Die Glaubwürdigkeit der Schweiz und ihrer Forschung aufrechterhalten

In die Osterweiterung der Europäischen Union werden auch die Forschenden in den neuen EU-Ländern einbezogen. Das Budget des 6. EU-Rahmenprogramms für Forschung und technologische Entwicklung (EU-FRP) wird daher entsprechend erhöht. Die Schweiz beteiligt sich aufgrund des bilateralen Abkommens zur technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit an diesem Programm mit einem finanziellen Beitrag, der aufgrund des BIP festgelegt wird. Vor diesem Hintergrund schlägt der Bundesrat dem Parlament vor, einen Zusatzkredit von 40 Mio. Franken zu sprechen. Das heisst, dass die Schweizer Forschenden an diesen Programmen teilnehmen und EU-Forschungsmittel beziehen können, und zwar mit den gleichen Rechten wie ihre europäischen Partner, da sie in den verschiedenen Steuergausschüssen der Programme vertreten sind. Dieser Sachverhalt ist erfreulich und es ist zu erwarten, dass das Parlament dem Vorschlag des Bundesrats zustimmt.

Allerdings gibt es da noch das Problem der Finanzierung der im Jahr 2003 bewilligten Forschungsprojekte mit der EU. Hier fehlen nach wie vor rund 25 Mio. Franken, nachdem sich das Bundesamt für Bildung und Wissenschaft angesichts der Entlastungsprogramme gezwungen sah, diese Projekte nur noch für 28 Monate zu finanzieren – obwohl die Mehrzahl von ihnen auf Partnerschafts- und Zusammenarbeitsverträgen beruhen, die von den Schweizer Hochschulen und Unternehmen über eine Laufzeit von 36, 48 oder mehr Monate abgeschlossen worden sind.

Dieser Sparbeschluss trifft Schlüsselbereiche für Innovation und Wirtschaftswachstum: Von den rund 400 Kooperationsverträgen betreffen mehr als 80 Prozent zentrale Themen wie Informationstechnologien, Life Sciences, nachhaltige Entwicklung, Energie und Zusammenarbeit unter kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Die Forschenden an den Schweizer Hochschulen (Universitäten wie Fachhochschulen) wie auch die Industrie und KMU (30 Prozent der Beteiligten) sehen sich daher ausserstande, die ihren europäischen Partnern zugesagten und vom Bund gutgeheissenen Leistungen zu erbringen.

Die Finanzierungslücke bedeutet

- dass Verträge mit Mitarbeitern in solchen Projekten nicht eingehalten werden können (was in einzelnen Fällen Entlassung zur Folge haben kann);
- dass laufende Projekte unterbrochen und schliesslich abgebrochen werden müssen, was den Verlust der bereits geleisteten Investitionen in Projekt- und Netzwerkarbeit zur Folge hat wie auch den Verlust von hochwertigen wissenschaftlichen und technologischen Kooperationen, von denen unsere Wirtschaft in der Folge nicht mehr profitieren kann;
- dass die Verlässlichkeit der Schweizer Forschung und unserer Wissenschaftler bei den europäischen Kollegen Schaden nimmt;
- dass allenfalls Rückzahlungen wegen Vertragsbruch geleistet werden müssen.

Angesichts solcher Schwierigkeiten ist es angezeigt, die Auswirkungen in jedem Falle nochmals zu prüfen und tragbare Lösungen zu suchen. Dies umso mehr, da den Verantwortlichen der Kooperationsprojekte bereits 16 Prozent der ursprünglichen Mittel gestrichen worden sind. Unter der unerfreulichen Situation, die durch die fehlenden Einnahmen und die Schuldenbremse auf Bundesebene verursacht wurde, leidet auch in Forschungskreisen unser Image. Die Kommissionen für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) haben deshalb im Frühjahr verlangt, dass der Bundesrat die Situation nochmals überprüft. Insbesondere müssen die damit verbundenen Signale beachtet werden:

- an unsere Forschenden, dass wir sie nicht im Stich lassen, nachdem wir sie tatsächlich ermutigt haben, mit europäischen Partnern zusammenzuarbeiten;
- an die EU, der wir signalisieren müssen, dass wir unsere vereinbarten Engagements einhalten.

Theophil Pfister, Nationalrat, Präsident der WBK-NR und Mitglied des Teams Future

■ Bildungswesen

Zwischen Finanzdruck und Visionen

Der Bundesrat betont immer wieder, dass der Bereich Bildung, Forschung und Technologie (BFT) Priorität habe. Auch das Parlament hat sich in der vergangenen Legislaturperiode für eine Beitragserhöhung stark gemacht. Intensiv mit der Bildungsfinanzierung befasst haben sich diesen Sommer die beiden Finanzkommissionen. An einem Seminar wurden ihren Mitgliedern die jeweiligen Sichtweisen des Bundes und der Kantone präsentiert. Eine Übersicht von Future in Zusammenarbeit mit Nationalrat Johannes Randegger.

Die Kantone: Unzuverlässigkeit beim Bund

Anlässlich des Seminars der beiden Finanzkommissionen der eidgenössischen Räte Ende Juni legte Hans Ulrich Stöckling, Präsident der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), die Finanzflüsse im Bildungswesen aus der Sicht der Kantone dar. Er wies drauf hin, dass die Bildungsausgaben überwiegend auf den Schultern der Kantone lasten. Sie tragen die gesamten Kosten der Vorschulen, der obligatorischen Schulen und der weiterführenden allgemein bildenden Schulen. Der EDK-Präsident verdeutlichte die Finanzierungsanteile am Beispiel des Jahres 2001: Damals finanzierten die Kantone und Gemeinden 87,5 Prozent der gesamten Bildungsausgaben, während der Bund lediglich 12,5 Prozent beisteuerte. Insbesondere wies er auf die Kostensteigerungen an den Fachhochschulen hin, deren Ursache nicht primär in der mangelnden Effizienz zu suchen sei, sondern auf den Anstieg der Studierendenzahlen (+16 Prozent), den Ausbaubedarf in Forschung und Entwicklung, bereits geplante Bauvorhaben (Kosten von 348 Mio.) und die Bologna-Reform (Mehrkosten von 34 Mio.) zurückzuführen sind.

Die Kantone fordern im Bildungsbereich eine pauschalorientierte Finanzierung und gemeinsame Finanzierungskriterien. Das bedeute, so Stöckling, dass die Standardkostensätze die Grundlage für die Berechnung der Bundesbeiträge bilden sollten. Vor allem aber müsse der Bund stabile Beiträge an den Grundkosten garantieren. Derzeit sei der Bund aus Sicht der Kantone ein unzuverlässiger Partner, der seine Budgets im BFT-Bereich von Jahr zu Jahr verändert. Für die Bildungs- und For-

(Fortsetzung auf Seite 2)

schungsinstitutionen sei es unter solchen Bedingungen schwierig zu planen, denn gerade im Forschungsbereich sind Projekte auf mehrere Jahre ausgerichtet. Wichtig für die Kantone seien zudem die Fortsetzung des Masterplans zwischen Bund und Kantonen, die gesamtheitliche Steuerung der Hochschulen über einheitliche Finanzierungskriterien sowie die Deregulierung des Fachhochschulbereichs.

Der Bund: mehr Effizienz statt Mittelerhöhung

Anders sieht es aus Sicht des Bundes aus, wie Peter Siegenthaler, Direktor der Eidgenössischen Finanzverwaltung am Seminar deutlich machte. Bildung und Forschung beanspruchten im Jahr 2003 mit rund 4,4 Mrd. Franken etwa 8,8 Prozent der Bundesausgaben. Dieser Anteil konnte im letzten Jahrzehnt konstant gehalten werden und verzeichnete von 2000 bis 2003 ein durchschnittliches Wachstum von 3,1 Prozent, obwohl der Bundshaushalt in dieser Periode insgesamt ein tieferes Wachstum verzeichnete. Im OECD-Vergleich belegt die Schweiz mit Hochschulausgaben von rund 19'000 US-Dollar pro Kopf eine Spitzenposition. Klares Fazit Siegenthalers: Das Schweizer Hochschulwesen ist teuer. Die Gründe liegen seiner Meinung nach im hohen Lohnniveau der Schweizer Professoren, aber auch in der hohen Dichte der Hochschulen, den damit verbundenen Doppelspurigkeiten und der daraus resultierenden Ineffizienz. Aus Sicht des Bundes stelle sich die Frage, ob sich die Schweiz ein so breites Hochschulangebot leisten kann und soll.

Bei der Finanzierung der Hochschulen sieht Siegenthaler den Bund als wichtigsten Akteur. Er betreibt die beiden ETH und beteiligt sich massgeblich an den kantonalen Universitäten durch Finanzhilfen an die Trägerkantone und an den Fachhochschulen durch direkte Abgeltung. Die Kantone ihrerseits finanzieren ihre eigenen Hochschulen und leisten Beiträge an die Hochschulkantone für die Studierenden aus ihrem Kanton. Für die Studierenden an den ETH entstehen den Kantonen keine Kosten. Insgesamt finanziert der Bund 47 Prozent des Gesamtbudgets aller Hochschulen. Dazu kommen Finanzhilfen an Hochschulinsti-tute, wissenschaftliche Akademien, Stipendien, Austauschprogramme und die Beiträge an das Hochschulnetz wie SUK, CRUS, etc.

Die Anforderungen der Eidg. Finanzverwaltung an die zukünftige Hochschulpolitik definiert Siegenthaler wie folgt: Keine Abgeltungen mit fixem Bundesanteil oder Richtwerte, da die Beiträge für den Bund steuerbar bleiben müssen, sowie eine Entwicklung hin zu einer leistungsorientierten Finanzierung als Anreiz für Effizienzsteigerung und Kostenreduktion. Ziel des Bundes sei nicht die Ausweitung der Finanzierung, sondern ein wirtschaftlicherer Mitteleinsatz bei gleichbleibender Qualität des Hochschulwesens.

Die Schweiz hat nur zwei Rohstoffe – Bildung und Forschung

Soweit die Sicht des Bundes und der Kantone. Dazu ist festzuhalten, dass natürlich auch der BFT-Bereich Rücksicht auf die Finanzlage der öffentlichen Hand nehmen muss. Er spielt jedoch eine zentrale Rolle für die Zukunft der Schweiz, insbesondere für ihre Wettbewerbsfähigkeit, die auf der Innovationsfähigkeit der Wirtschaft und der Qualität des Bildungswesens basiert. Für die besten Köpfe der Welt sollten es attraktiv sein, in der Schweiz zu forschen. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass der BFT-Bereich nicht nach dem Stop-and-go-Prinzip, sondern mit verlässlicher Kontinuität gefördert wird. Denn der Nutzen einer hochstehenden Bildung zeigt sich erst nach Jahren, dann nämlich, wenn der Nachwuchs ins Erwerbsleben übergetreten ist. Erfolgreiche Firmen werden selten von genialen Studienabbrechern wie Bill Gates geschaffen, sondern in der Regel von Personen, die während mehrerer Jahre Berufserfahrungen ge-

sammelt haben. Bekanntlich besitzt die Schweiz kaum Rohstoffe und ist vom Export ihrer Produkte abhängig. Mit der Wertschöpfung im Inland allein kann sie die lebenswichtigen Importe nicht finanzieren und würde zum Entwicklungsland. Export bedingt jedoch Wettbewerbsfähigkeit, und die hängt im Fall der Schweiz wesentlich vom Bildungs- und Forschungsbe-reich ab.

Bei der Finanzierung von BFT muss zudem berücksichtigt werden, dass sich die Grundlagenforschung und die davon abhängigen Entwicklungsprojekte auf Zeithorizonte von zehn und mehr Jahren ausrichten. Die Entscheidungsträger der öffentlichen Hand dürfen auch in schwierigen Zeiten nicht vergessen, dass bei Budgetkürzungen unter Umständen bestimmte Projekte abgebrochen werden müssen oder gar Kooperationsverträge nicht mehr eingehalten werden können. (sk)

■ Neue Hochschulprognosen

Anzahl Studierender wird ab 2005 langsamer wachsen

Laut den jüngsten Prognosen des Bundesamtes für Statistik (BFS) wird die Anzahl der Studierenden an den Schweizer Hochschulen im Studienjahr 2004/2005 um rund 5 Prozent zunehmen und 161'000 Studierende erreichen.

Dabei legen die universitären Hochschulen mit einem Plus von 3000 Studierenden um 2,7 Prozent zu. Insgesamt werden dort im Herbst 2004 rund 112'300 Studierende eingeschrieben sein. Dies ist auf das Bevölkerungswachstum, den erhöhten Frauenanteil, den Anstieg der Anzahl ausländischer Studierender sowie die Anzahl Studierender auf Doktoratsstufe zurückzuführen.

Der Anstieg bei den Fachhochschulen (FH) und pädagogischen Hochschulen (PH) ist mit 11 Prozent (+ 4900 Studierende) deutlich grösser. Rund 48'500 Studierende werden diesen Herbst an einer FH oder PH eingeschrieben sein. Grund für den Anstieg sind die Studiengänge, die vor kurzem in diese Hochschulen integriert worden sind.

Ab 2005 ist allgemein mit einem langsameren Wachstum zu rechnen. Gemäss BFS wird die Altersgruppe, die für den Studienanfang typisch ist, ab 2012 nachhaltig schrumpfen. Demzufolge dürfte die Anzahl Studierender an den Schweizer Hochschulen insgesamt in rund zehn Jahren stagnieren.

Weitere Informationen:

<http://www.statistik.admin.ch/news/pm/0350-0406-30.pdf>

■ Schweizerischer Nationalfonds

Reformen eingeleitet

Ab dem 1. Januar 2005 hat der nationale Forschungsrat einen neuen Präsidenten. Prof. Dieter Imboden, Umweltphysiker an der ETH Zürich, ist zum Nachfolger von Prof. Heidi Diggelmann gewählt worden, die nach zwei Amtsperioden zurücktritt.

Während ihrer Amtszeit prägte Heidi Diggelmann das Wirken des Forschungsrats in hohem Masse. Unter ihrer Leitung sind die Evaluationsverfahren der einzelnen Abteilungen harmonisiert, abteilungsübergreifende Instrumente wie die SNF-Förderungsprofessuren eingeführt und neue Strukturen für die adäquate Beurteilung von multidisziplinären sowie praxisbezogeneren Forschungsprojekten etabliert worden. Zudem hat Heidi Diggelmann massgeblich zu einem erhöhten Anteil von Frauen in den Gremien und Förderungsinstrumenten des SNF beigetragen.

Gleichzeitig hat der Ausschuss des Stiftungsrats den gegenwärtigen Direktor des Schweizerischen Nationalfonds (SNF), Dr. Hans Peter Hertig, mit der Aufgabe betraut, eine Neukonzeption des SNF auszuarbeiten. Zur Erfüllung dieser Aufgabe trat Hertig Ende August von der operationellen Leitung der Geschäftsstelle zurück.

Mit der Wahl Hertigs zum Delegierten für das Projekt «SNF 2008» betont der Ausschuss des Stiftungsrats die Wichtigkeit, die er der Frage einer Optimierung der Strukturen und Prozesse im SNF beimisst. Eine Machbarkeitsstudie wird innert Jahresfrist zeigen, ob die zur Diskussion stehende Neukonzeption realisiert werden kann oder ob Alternativen ausgearbeitet werden müssen.

Weitere Informationen: www.snf.ch, Medienmitteilung vom 17. Mai 2004

■ EDK verabschiedet Passerellen-Reglement

Mit der Berufsmaturität an die universitäre Hochschule

Für Inhaberinnen und Inhaber eines Berufsmaturitätsausweises öffnet sich über eine Ergänzungsprüfung der Weg an eine universitäre Hochschule: Nach dem Bund hat jetzt auch die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) das Passerellen-Reglement verabschiedet. Mit der Einführung der neuen Passerelle «Berufsmaturität > universitäre Hochschule» wird die Durchlässigkeit im Schweizer Bildungswesen weiter erhöht. Inhaberinnen und Inhaber einer Berufsmaturität können mit der Ergänzungsprüfung das für ein Universitätsstudium notwendige Wissen in zentralen Fachbereichen nachweisen. Die ersten Ergänzungsprüfungen werden im Frühling 2005 stattfinden. Eine Arbeitsgruppe EDK-Bund legt gegenwärtig die konkreten Prüfungsinhalte und das Prüfungsverfahren fest. Die Ergänzungsprüfung wird folgende Fachbereiche umfassen: die lokale Landessprache, die zweite Landessprache oder Englisch, Mathematik, Naturwissenschaften sowie Geistes- und Sozialwissenschaften.

Der Zugang «Gymnasiale Maturität > Fachhochschule» seinerseits ist bereits seit einiger Zeit gewährleistet.

Weitere Informationen: www.edk.ch, Link «Neueste Pressemitteilungen»

■ Entlastungsprogramm des Bundes im Bildungsbereich

SAGW gegen Sparmassnahmen

Die Präsidentenkonferenz der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW) ist sehr besorgt über das neue Entlastungsprogramm des Bundes, bei dem davon ausgegangen werden muss, dass die Beiträge für Bildung und Forschung bis 2007 drastisch gekürzt werden sollen. Damit würde die bescheidene Aufstockung für die Planungsperiode 2004–2007 wieder rückgängig gemacht. Dies wäre nach Ansicht der SAGW ein fataler Entscheid für die Schweiz, da von der Erkenntnis abgewichen würde, wonach ein hervorragender Standard in Bildung und Forschung zu den wenigen wirklichen Ressourcen der Schweiz gehört. Als weiteren Grund gegen die Kürzungen nennt die SAGW den Umstand, dass der im Bericht der Arbeitsgruppe Schuwey als dringend erkannte Ausbau der Geistes- und Sozialwissenschaften wieder gestoppt würde. Die SAGW ruft daher Bundesrat und Parlament auf, zur Ressource Bildung und Forschung Sorge zu tragen und sicherzustellen, dass die Schweiz international konkurrenzfähig bleibt.

Weitere Informationen: www.sagw.ch, Links «Publikationen/Presse» – «Pressemitteilungen»

GWF und BBW: Zusammenschluss

«Wir arbeiten daran, das BBW und das Staatssekretariat zusammenzuführen, so dass sie ab kommendem 1. Januar eine Einheit bilden. Eine Reform in die richtige Richtung: Die einheitliche Organisation und das gemeinsame Budget ermöglichen eine wesentliche Vereinfachung und Einsparungen. Wir sind gezwungen, unseren Mitteleinsatz um 10% zu vermindern.»

Charles Kleiber, «l'agefi» vom 20. Juli 2004.

SMS

■ Neues Kooperationsprojekt Systembiologie

Für das Kooperationsprojekt in Systembiologie zwischen der ETH Zürich und den Universitäten Basel und Zürich hat die Schweizerische Universitätskonferenz (SUK) für die Jahre 2005–2007 projektgebundene Beiträge in Höhe von 10 Mio. Franken genehmigt. Mit diesem Projekt will die SUK den schweizerischen Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort stärken und die Koordinationsleistungen der beteiligten Hochschulen fördern. Ziel des Kooperationsprojekts «SystemsX» ist es, auf der Achse Zürich–Basel die Forschungs- und Lehraktivitäten auf dem aufstrebenden Gebiet der Systembiologie markant voranzutreiben.

Weitere Informationen: www.cus.ch, Links «Aktuell» – «SUK-Info»

■ SNF: Rekord an Projektgesuchen

Im Jahr 2003 verzeichnete der Schweizerische Nationalfond (SNF) einen historischen Rekord bei den eingegangenen Projektgesuchen. Dies ist ein positives Zeichen für die Dynamik des Forschungsplatzes Schweiz. Besorgniserregend ist hingegen, dass die Projekte eine immer strengere Selektion durchlaufen müssen. Im letzten Jahr hat der SNF Forschungsbeiträge von insgesamt 420 Mio. Franken gewährt. 21 Prozent der Beiträge gingen an die Geistes- und Sozialwissenschaften, 30 Prozent an Mathematik, Natur- und Ingenieurwissenschaften und 40 Prozent an die Biologie und Medizin.

Weitere Informationen: www.snf.ch, Links «SNF Portrait» – «Zahlen und Fakten» – «Statistiken»

■ SAGW: neue Präsidentin

Anlässlich der Abgeordnetenversammlung der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW) vom Juni 2004 wurde Anne-Claude Berthoud, Professorin am Institut für Linguistik und Sprachwissenschaften der Universität Lausanne, zur neuen Präsidentin gewählt. Sie tritt die Nachfolge von Prof. Roland Ris (ETH Zürich) an, der seit 1998 im Amt war.

Weitere Informationen: Gilles Roulin, Tel. 031 313 14 51, oder roulin@sagw.unibe.ch.

■ SAMW: neuer Präsident

Seit dem 1. Juli 2004 steht auch die Schweizerischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften (SAMW) unter neuer Führung: An seiner Sitzung im Mai wählte der Senat Peter M. Suter, Chefarzt für Intensivmedizin am Universitätsspital Genf, zum neuen Präsidenten. Suter ist Nachfolger von Prof. Werner Stauffacher aus Basel, der dieses Amt vier Jahre lang innehatte.

Weitere Informationen: www.samw.ch, Link «SAMW aktuell»

Impressum

Netzwerk Future
Thunstrasse 7, 3005 Bern
Tel. 031 356 53 51, Fax 031 356 53 50
info@futureteam.info

© Netzwerk Future 2004, Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt

FUTURE

Réseau d'information Science & Politique

septembre 2004

■ Programmes de recherche européens:

Maintenir la crédibilité de la Suisse et de sa recherche

L'Union européenne s'élargit à l'Est et aussi à ses chercheurs en accroissant le budget de son 6^e programme-cadre pour la recherche et le développement technologique (PCRD). La Suisse, associée à ce programme depuis la signature de l'accord bilatéral de coopération scientifique, y contribue par un apport calculé en fonction du PIB. Dans ce contexte, le Conseil fédéral propose au Parlement un crédit complémentaire de 40 mio de francs. Les chercheurs suisses peuvent donc participer à ces programmes – et obtenir des subventions européennes – avec les mêmes droits que leurs partenaires européens en étant aussi représentés dans les différents comités de gestion des programmes. L'information est réjouissante et il faut espérer que le Parlement soutienne la proposition du Gouvernement.

Mais il demeure un problème: le financement des projets de recherche adoptés en 2003 et pour lesquels il manque toujours environ 25 mio de francs suite à la décision de l'Office fédéral de l'éducation et de la science contraint, par les programmes d'allègement, de ne financer ces projets que pour 28 mois alors que la majorité d'entre eux ont fait l'objet de contrats de partenariat et de collaboration signés par des hautes écoles et des entreprises suisses pour 36, 48, voire davantage de mois.

Cette décision concerne des domaines-clés pour l'innovation et la croissance; en effet sur les quelque 400 contrats de collaboration, plus que 80% touchent les secteurs des technologies de l'information, les sciences de la vie, le développement durable, l'énergie et la collaboration entre les petites et moyennes entreprises (PME). Les chercheurs suisses des hautes écoles (universités et HES) ainsi que de l'industrie et des PME (30% des participants) se retrouvent donc dans l'impossibilité de fournir les prestations auxquelles leurs institutions s'étaient engagées vis-à-vis de leurs partenaires européens avec l'aval de la Confédération.

Le non financement équivaut à

- une impossibilité de maintenir les contrats pour les personnes engagées sur ces fonds (avec licenciements éventuels dans certains cas),
- une interruption des projets en cours, c'est-à-dire une perte d'investissement par rapport aux efforts consentis pour lancer un projet/réseau et ensuite l'abandonner et une perte de collaborations scientifiques et technologiques de première valeur qui ne pourraient plus par la suite profiter à notre économie,
- une perte de crédibilité de la recherche suisse et de nos chercheurs vis-à-vis de leurs collègues européens,
- éventuellement à une dédite pour rupture de contrat.

En regard de ces difficultés, il est indispensable en tous les cas d'examiner à nouveau les répercussions et de chercher des solutions supportables financièrement. D'autant plus que les responsables des projets de collaborations ont déjà subi une coupure de 16% par rapport aux montants initiaux. Ce contexte peu réjouissant, créé par le manque de moyens et le frein à l'endettement au niveau fédéral, fait que notre pays souffre aussi d'un déficit d'image dans les milieux de la recherche. Comme l'avaient demandé les Commissions de la science, de l'éducation et de la culture (CSEC) ce printemps, il revient au Conseil fédéral d'étudier à nouveau la situation et d'envoyer plus particulièrement un signal fort:

- à nos chercheurs: ne pas les lâcher alors que nous les avons effectivement incité à collaborer avec les partenaires européens,
- à l'UE: lui montrer que nous sommes capables de tenir les engagements que nous avons pris.

Theophil Pfister, Conseiller national
Président de la CSEC-CN
Membre du Team Future

■ Domaine de la formation

Contraintes et visions

Le Conseil fédéral ne cesse de répéter que le domaine de la formation, de la recherche et de la technologie (FRT) constitue une priorité. Même le Parlement a soutenu une augmentation des subventions lors de la dernière législature. Cet été, le financement de la formation a été plus que jamais au cœur des activités des deux commissions des finances. Un séminaire a permis aux membres de ces commissions d'en savoir plus sur les points de vue de la Confédération et des cantons. Résumé de Future en collaboration avec le Conseiller national Johannes Randegger.

Pour les cantons: on ne peut pas compter sur la Confédération

Lors du séminaire des deux commissions des finances des chambres fédérales qui s'est tenu fin juin, Hans Ulrich Stöckling, président de la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique (CDIP), a présenté les flux financiers dans le domaine de la formation, tels que vus par les cantons. Il a fait remarquer que les dépenses de la formation pèsent principalement sur les cantons, qui supportent l'ensemble des frais du degré préscolaire, de la scolarité obligatoire et des écoles d'enseignement général. Le président de la CDIP a détaillé les participations financières à l'aune de l'année 2001. A cette époque, les cantons et les communes finançaient 87,5% des dépenses globales de formation tandis que la Confédération ne participait qu'à hauteur de 12,5%. Il a plus particulièrement mis en évidence l'augmentation des coûts dans les HES, dont la cause principale n'est pas le manque d'efficacité, mais bien plus la hausse du nombre des étudiants (+16%), la nécessité de développer la recherche et le développement, les projets de construction déjà planifiés (pour un coût de 348 millions) et la mise en œuvre de la réforme de Bologne (surcoût de 34 millions).

Les cantons réclament pour le domaine de la formation un financement par forfait et des critères de financement communs. Ce qui signifie, selon Hans Ulrich Stöckling, que les taux de coûts standard devraient constituer la base de calcul pour les subventions fédérales. Mais la Confédération devrait surtout garantir des subventions stables pour financer les coûts de base. Le président de la CDIP ajoute qu'actuellement, la Confédération est, aux yeux des can-

(Suite en page 2)

tons, un partenaire peu fiable, qui a l'habitude, d'une année sur l'autre, de changer le montant des budgets alloués au domaine FRT. Les instituts de formation et de recherche ont par conséquent du mal à faire une quelconque planification car, justement dans le domaine de la recherche, les projets se déroulent sur plusieurs années. M. Stöckling conclut en citant les éléments d'importance pour les cantons: la poursuite du masterplan entre la Confédération et les cantons, la gestion homogène des hautes écoles à partir de critères de financement communs et la déréglementation du domaine des HES.

Pour la Confédération: il faut augmenter l'efficacité et pas les moyens financiers

Autre son de cloche, durant ce séminaire, du côté de la Confédération par la voix de Peter Siegenthaler, directeur de l'Administration fédérale des finances (AFF). La formation et la recherche ont reçu en 2003 près de 4,4 milliards de francs, soit 8,8% des dépenses fédérales. Ce montant a pu être maintenu tout au long des dix dernières années et a connu entre 2000 et 2003 une hausse moyenne de 3,1%, et ce, alors que, durant la même période, le budget fédéral accusait une croissance globale plus faible. En comparaison avec l'OCDE, la Suisse est dans le peloton de tête avec des dépenses au profit des hautes écoles de quelque 19 000 dollars par étudiant. Constat sans appel du directeur de l'AFF: l'enseignement supérieur suisse coûte cher. Les raisons tiennent aux salaires élevés des professeurs suisses, à la forte densité de filières dans les hautes écoles, aux redondances et par là même à l'inefficacité qui en découle. La Confédération se demande si la Suisse a les moyens et l'obligation de financer autant de formations dans les hautes écoles.

Pour Peter Siegenthaler, la Confédération est l'acteur principal du financement des hautes écoles. Elle gère les deux EPF et est très présente dans les universités cantonales dans la mesure où elle accorde des aides financières aux cantons concernés et des indemnités directes aux HES. Les cantons, pour leur part, financent leurs propres hautes écoles et versent des subventions aux cantons qui accueillent leurs étudiants. Les cantons n'ont rien à déboursier pour les étudiants des EPF. La Confédération finance en tout 47% du budget global de toutes les hautes écoles. A cela s'ajoutent les aides financières allouées aux instituts des hautes écoles, aux académies scientifiques, aux programmes de bourses et d'échanges, ainsi que les subsides aux membres du réseau des hautes écoles tels que la CUS ou la CRUS.

Le directeur de l'AFF définit en deux points les exigences de l'AFF vis-à-vis de la future politique universitaire. D'une part, ne fixer aucune indemnité avec une part fixe de la Confédération ou une valeur indicative car les montants doivent rester sous le contrôle de la Confédération et, d'autre part, s'orienter vers un financement fondé sur les prestations fournies comme moyen pour améliorer l'efficacité et réduire les coûts. Le but de la Confédération n'est pas d'étendre le financement, mais plutôt d'attribuer des moyens financiers sur des critères plus économiques en maintenant la qualité de l'enseignement supérieur.

Formation et recherche, les deux matières premières de la Suisse

Tels sont donc les points de vue de la Confédération et des cantons. Il est bien sûr évident que le domaine FRT doit lui aussi prendre en compte la situation financière des pouvoirs publics. Mais n'oublions pas qu'il joue un rôle clé pour l'avenir de la Suisse, notamment sur le plan de sa compétitivité, qui repose sur la capacité d'innovation de l'économie et la qualité de l'enseignement supérieur. Il faut arriver à donner envie aux têtes bien

pleines du monde entier de choisir la Suisse comme laboratoire idéal pour leurs recherches. Ceci ne peut se faire si l'on encourage le domaine FRT selon le principe du «stop and go», la solution est dans la stabilité et la crédibilité. Les bénéficiaires d'une formation de qualité ne se font en effet sentir qu'au bout de quelques années, notamment lorsque les jeunes diplômés sont entrés dans la vie active. Les entreprises qui marchent sont rarement le fait de jeunes génies comme Bill Gates qui ont abandonné leurs études, elles sont en général créées par des personnes qui se sont frottées pendant de nombreuses années au monde du travail. Ce n'est un secret pour personne: la Suisse n'est pas très riche en matières premières et elle dépend de l'exportation de ses produits. Si la Suisse devait se baser uniquement sur la valeur ajoutée qu'elle produit pour financer les importations dont elle a besoin, elle deviendrait un pays en voie de développement. Reste que les exportations sont le nerf de la compétitivité et que la compétitivité, dans le cas de la Suisse, est principalement associée au domaine de la formation et de la recherche. (slk)

■ Nouvelles prévisions pour les hautes écoles

Progression ralentie des effectifs dès 2005

Selon les dernières prévisions de l'Office fédéral de la statistique (OFS), le nombre d'étudiants dans les hautes écoles suisses augmentera d'environ 5% à la rentrée 2004/2005 et atteindra 161 000 étudiants. Les hautes écoles universitaires (HEU) connaîtront une hausse de 2,7%, soit +3000 étudiants. En automne 2004, le nombre total d'étudiants inscrits dans les HEU approchera les 112 300. Ceci est dû à la progression démographique et à l'augmentation du nombre de femmes, d'étudiants étrangers et d'étudiants au niveau doctorat.

L'augmentation enregistrée dans les hautes écoles spécialisées (HES) et les hautes écoles pédagogiques (HEP) sera nettement plus importante: +11%, soit +4900 étudiants. Cet automne, près de 48 500 étudiants fréquenteront une HES ou une HEP. Cette hausse est liée à l'intégration encore récente de nouvelles filières à ces hautes écoles.

Dès 2005, la progression globale des effectifs devrait se ralentir. Dès 2012, selon l'OFS, la population en âge de se lancer dans des études universitaires s'orientera durablement à la baisse. Conséquence directe: le nombre d'étudiants des hautes écoles suisses devrait cesser globalement de croître d'ici environ dix ans.

Informations complémentaires:

<http://www.statistik.admin.ch/news/pm/0351-0406-30.pdf>

■ Fonds national suisse

Une présidence riche en réformes

Le Conseil national de la recherche (CNR) aura un nouveau président à partir du 1er janvier 2005. Il a désigné le Prof. Dieter Imboden, physicien de l'environnement à l'EPFZ, pour succéder à Mme Prof. Heidi Diggelmann, qui se retirera après huit ans de présidence du CNR.

Mme Prof. Heidi Diggelmann a fortement marqué l'activité du CNR. Sa présidence a vu l'harmonisation des procédures d'évaluation des divisions, l'introduction d'instruments interdivisionnaires comme le programme de professeurs boursiers et la mise en place de nouvelles structures pour les requêtes multidisciplinaires ou axées sur la pratique. Heidi Diggelmann a, d'autre part, contribué à faire augmenter le nombre de femmes siégeant dans les organes du FNS et de chercheuses bénéficiant de ses instruments d'encouragement.

Le comité du Conseil de fondation a par ailleurs donné mandat à l'actuel directeur du Fonds national suisse de la recherche scientifique (FNS), Hans Peter Hertig, de repenser l'organisation de l'institution. Pour assumer cette mission, celui-ci quittera fin août la direction opérationnelle du FNS. En choisissant Hans Peter Hertig comme délégué pour le projet «FNS 2008», le comité du Conseil de fondation témoigne de l'importance qu'il accorde à l'optimisation des structures et processus du FNS. Une étude de faisabilité démontrera d'ici un an si les options esquissées à ce stade sont réalisables ou si des alternatives doivent être envisagées.

Informations complémentaires: www.snf.ch, communiqué de presse du 17 mai 2004

■ La CDIP approuve le règlement «Passerelle»

De la maturité professionnelle aux études universitaires

Les titulaires d'un certificat de maturité professionnelle peuvent désormais, après avoir passé avec succès un examen complémentaire, accéder aux hautes écoles universitaires. En effet, le règlement «Passerelle» a également été approuvé par la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique (CDIP). L'introduction de la nouvelle passerelle «maturité professionnelle > hautes écoles universitaires» permet d'accroître encore la perméabilité du système éducatif suisse. Les titulaires d'un certificat de maturité professionnelle peuvent, grâce à un examen complémentaire, attester qu'ils disposent, dans les principaux groupes de disciplines, des connaissances nécessaires pour entreprendre des études universitaires. Les premiers examens complémentaires auront lieu au printemps 2005. Un groupe de travail CDIP-Confédération s'attache actuellement à en définir le contenu et les modalités. Ces examens porteront sur les groupes de disciplines suivants: langue nationale locale, deuxième langue nationale ou anglais, mathématiques, sciences expérimentales et sciences humaines. Le passage «maturité gymnasiale > hautes écoles spécialisées» est, quant à lui, déjà garanti depuis un certain temps.

Informations complémentaires: www.cdip.ch, lien «Communiqués de presse»

■ Mesures d'économie de la Confédération

L'ASSH contre les mesures d'économie dans la formation

La Conférence des présidents de l'Académie suisse des sciences humaines et sociales (ASSH) est très inquiète de l'orientation générale du nouveau programme d'allègement de la Confédération qui laisse présager une réduction importante des montants alloués à la formation et à la recherche d'ici à 2007. Ce qui aurait pour effet de compromettre à nouveau la modeste augmentation prévue pour la période de planification 2004 à 2007. Cette décision, erreur fatale pour la Suisse, remettrait par ailleurs en cause le principe selon lequel un excellent niveau dans les domaines de la formation et de la recherche est une des rares ressources réelles de la Suisse. Autre argument de l'ASSH: le développement des sciences humaines et sociales, qualifié d'urgent dans le rapport du groupe de travail de Gerhard Schuwey, serait à nouveau stoppé. C'est pourquoi l'ASSH demande au Conseil fédéral et au Parlement de se préoccuper des moyens attribués à la formation et à la recherche, et de faire en sorte que la Suisse reste compétitive au niveau international.

Informations complémentaires: www.sagw.ch, liens «Publications/Presse»-«Communiqués de presse»

GSR et OFES: une entité unique

«Nous travaillons à intégrer l'OFES et le Secrétariat d'Etat, en vue d'organiser une entité unique à partir du 1er janvier prochain. C'est une réforme de bon sens. Une seule organisation et un seul budget entraîneront une simplification majeure et des économies. Nous sommes contraints à diminuer nos moyens de 10%.»

Charles Kleiber, «l'agefi» du 20 juillet 2004.

SMS

■ Nouveau projet en biologie systémique

En apportant une aide financière au projet de coopération en biologie systémique de l'EPFZ et des Universités de Bâle et de Zurich, la Conférence universitaire suisse (CUS) entend renforcer la place scientifique et économique suisse et encourager la coopération entre les trois partenaires. Elle a approuvé à cet effet des contributions liées à des projets pour un montant de 10 millions de francs pour les années 2005 à 2007. Le projet de coopération «SystemsX» veut donner un coup d'accélérateur aux activités de recherche et d'enseignement dans le domaine en plein développement de la biologie systémique sur l'axe Zurich – Bâle.

Informations complémentaires: www.cus.ch, liens «Actualités» – «Info-CUS»

■ FNS: toujours plus sollicité par les scientifiques

En 2003, le Fonds national suisse de la recherche scientifique (FNS) a enregistré un record historique dans le nombre d'entrées de requêtes de projets scientifiques. S'il s'agit d'un signe positif du dynamisme de la place scientifique suisse, la situation est préoccupante du fait d'une sélection toujours plus forte des projets pouvant être soutenus. L'an dernier, le FNS a attribué des subsides de recherche pour un montant total de 420 millions de francs. 21% des subsides ont été distribués en sciences humaines et sociales, 39% en mathématiques, sciences naturelles et de l'ingénieur, et 40% en biologie et médecine.

Informations complémentaires: www.snf.ch, liens «Portrait FNS» – «Faits et chiffres» – «Statistiques»

■ ASSH: nouvelle présidence

Lors de sa séance du 19 juin 2004, l'assemblée des délégués des sociétés membres de l'Académie suisse des sciences humaines et sociales (ASSH) a élu Anne-Claude Berthoud, professeure à l'Institut de Linguistique et des Sciences du Langage de l'Université de Lausanne, à la présidence de l'ASSH. Elle succède au Prof. Roland Ris de l'EPF de Zurich, qui a exercé son mandat depuis 1998.

Informations complémentaires: Gilles Roulin, tél. 031 313 14 51 ou roulin@sagw.unibe.ch.

■ Un nouveau président à la tête de l'ASSM

L'Académie suisse des sciences médicales (ASSM) a un nouveau président depuis le 1er juillet 2004. Au cours de sa séance du 19 mai 2004, le Sénat a en effet élu Peter M. Suter, médecin-chef aux soins intensifs de l'Hôpital universitaire de Genève. Il succède au Prof. Werner Stauffacher de Bâle, qui a assumé cette tâche pendant les 4 dernières années.

Informations complémentaires: www.assm.ch, lien «ASSM actuel»

Impressum

Réseau Future
Thunstrasse 7, 3005 Berne
Tél. 031 356 53 51, Fax 031 356 53 50
info@futureteam.info

© Réseau Future 2004, Reprise autorisée avec mention de la source